

# Noch lange kein sicheres Land

Von Thomas Schmidinger

Die erste Reaktion aus der österreichischen Spitzenpolitik auf den Sturz des Assad-Regimes war nicht die Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung, Solidarität mit den sich befreienden tausenden politischen Gefangenen oder Aufrufe zur Schaffung einer inklusiven Übergangsregierung. Die letzten Folteropfer waren noch nicht aus dem berüchtigten Saidnaya-Gefängnis befreit, die ersten Massengräber waren noch nicht gefunden, träumten Regierungspolitiker:innen der ÖVP und Noch-Oppositionspolitiker:innen der FPÖ bereits öffentlich davon, nun endlich syrische Flüchtlinge abschieben zu können. Und Österreich ist damit nicht allein: Ähnliche Töne waren auch aus Berlin und anderen europäischen Hauptstädten zu hören.

Dabei ist es, bei aller berechtigter Freude über den Fall einer fünf Jahrzehnte dauernden blutigen Diktatur, zumindest sehr ungewiss, ob der bewaffnete Konflikt in Syrien damit zu einem Ende kommt und noch ungewisser, ob das neue politische System, das die Diktatur der arabisch-nationalistischen Baath-Partei beerben wird, ein demokratisches sein wird.

Während die Kämpfer der erst 2016 aus der *al-Qaida* ausgetretenen *Hayat Tahrir ash-Sham (HTS)* noch das Regime in Hama und Homs bekämpften, griffen die türkischen Söldner der sogenannten

„*Syrischen Nationalarmee*“ (*SNA*) bereits die „*Syrischen Demokratischen Kräfte*“ (*SDF*), das von den kurdischen *YPG* und *YPJ* geführte Bündnis im Nordosten des Landes, an. In den letzten Tagen des Regimes wurden 120.000 Kurd:innen, die bereits 2018 aus Afrin in die Region um Tal Rifaat geflohen waren, erneut vertrieben. Nachdem die *SNA* mit türkischer Luftunterstützung diesen letzten Rest von Afrin erobert hatten, griffen sie die *SDF* westlich des Euphrat um die Stadt Manbij an, die nur zwei Tage nach der Flucht Assads den türkischen Verbündeten in die Hände fiel. Die neuen Besatzer bekamen es bald danach mit dem Widerstand lokaler arabischer Stämme zu tun, deren Zorn durch das Verhalten der türkischen Verbündeten geweckt worden war, die plündernd und vergewaltigend in die Stadt einzogen. Nachdem ein neunjähriges Mädchen durch die Kämpfer vergewaltigt worden war, kam es schließlich zu gewaltsamen Protesten, die von den neuen Herren niedergeschlagen wurden. Derzeit konzentrieren sich die Kämpfe zwischen *SNA* und Türkei auf der einen und *SDF* auf der anderen Seite vor allem auf den Tishrin-Damm am Euphrat, der sowohl für die Wasser- als auch die Stromversorgung der Region zentral ist. Zudem wird die Umgebung der kurdischen Stadt Kobanê immer wieder bombardiert.



**Thomas Schmidinger** ist Politikwissenschaftler und Sozial- und Kulturanthropologe mit den Schwerpunkten Kurdistan, Jihadismus, Naher Osten und Internationale Politik. Er unterrichtet an der Universität Wien und ist Associate Professor an der University of Kurdistan Hawler.

diert und mit türkischen Drohnen angegriffen. Im Norden des Landes ist damit der Krieg keineswegs vorbei, sondern noch verschärft worden.

Aber auch im Rest des Landes ist keineswegs alles eitel Wonne. Zwar muss man den neuen Machhabern durchaus zugestehen, dass sie keineswegs nur schöne Worte fanden, sondern sich vor allem angesichts ihrer politischen Herkunft bemerkenswert tolerant gegenüber religiösen Minderheiten verhalten haben, allerdings gibt es seit Mitte Jänner verstärkt Nachrichten über Angriffe und Morde gegen Alawit:innen, Schiit:innen und Angehörige der Murshidiyah, einer erst im 20. Jahrhundert entstandenen Abspaltung der Alawit:innen. Insbesondere in der ländlichen Umgebung von Homs, wo die Siedlungsgebiete von Alawit:innen, Schiit:innen und Murshidis mit jenen der Sunnit:innen zusammenreffen und wo in der Vergangenheit das Regime immer wieder lokale Alawiten gegen sunnitische Aufständische eingesetzt hatte, kommt es mittlerweile zu vermehrten Angriffen auf die Minderheiten. Ob es sich dabei um lokale Racheakte gegen frühere Regimeunterstützer:innen handelt oder um willkürliche Angriffe auf Minderheiten, ist nicht in jedem Einzelfall feststellbar. Die Angriffe gehen wohl weniger von der Führung der *HTS* aus, als von lokalen Sunniten und von einer Abspaltung der *HTS*, die sich 2018 unter dem Namen *Tanzim*

*Hurras ad-Din* wieder der *al-Qaida* angeschlossen hatte. Trotzdem gelingt es den Sicherheitskräften nicht, diese zu verhindern.

Und auch unter Christ:innen in Damaskus nimmt die Verunsicherung zu, seit immer mehr islamistische Aktivisten auf der Straße öffentlich versuchen, religiöse Propaganda zu machen, und von Christ:innen betriebene Lokale in denen Alkohol ausgeschenkt wird und wo Männer und Frauen gemeinsam Livemusik hören von Islamisten überfallen werden.

Von einer inklusiven Administration ist die aktuelle Übergangsregierung weit entfernt. Lediglich sunnitische arabische Männer mit politischem Naheverhältnis zur *HTS* amtieren derzeit als Minister aber keine Frau, keine Drusen, Alawiten, Schiiten, Ismailiten, Christen, Ismailiten, Êzîdî oder Murshidis und auch keine Kurden. Forderungen nach einer föderalen Staatsordnung, wie sie vor allem von kurdischer, drusischer und alawitischer Seite erhoben werden, werden von *HTS*-Führer Ahmed al-Sharaa strikt abgelehnt.

Auch die Wirtschaft des Landes ist nach 13 Jahren Krieg völlig zerstört. Im Moment wäre eine massenhafte Rückkehr schlicht ökonomisch nicht verkraftbar.

Auch wenn die meisten Syrer:innen erleichtert sind, dass das Regime Assad endlich sein Ende gefunden hat, bedeutet dies noch lange kein Ende des Konflikts. Bis Syrien ein sicherer Staat ist, können noch Jahre vergehen.